



Carina Konrad

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

FDP will Wolfsjagd zulassen

MdB Konrad betont: „Ziel ist nicht die Ausrottung“

Berlin, 02.02.2018

Bezug:

Anlagen:

Carina Konrad, MdB

Pressekontakt:

Coralie Brandt

Industriepark 17

56291 Wiebelsheim

Telefon: +49 06766 -7538020

Fax: +49 06766-7538024

carina.konrad.ma04@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Wilhelmstraße 65

Raum: 1.10

Telefon: +49 30 227-78344

Fax: +49 30 227-70345

carina.konrad@bundestag.de

MdB

Berlin. Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten (FDP) hat einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, Wölfe in das Bundesjagdgesetz aufzunehmen. In der Öffentlichkeit hat dies zu einer kontroversen Debatte geführt. Die Abgeordnete Carina Konrad aus dem Hunsrück weist darauf hin, dass die „Ausrottung des Wolfes explizit nicht Ziel des Antrags“ sei. Ziel sei vielmehr, „die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Wolf zu schaffen, und dazu kann in Zukunft auch seine Bejagung gehören“. Darüber hinaus warnt sie vor einer „Emotionalisierung der Debatte“ und fordert mehr Sachlichkeit im Umgang mit dem Thema.

In einigen Regionen Deutschlands sei die Population des Wolfes zum Problem geworden. Fast täglich komme es zu Übergriffen auf Weidetiere. „Das konterkariert das Ziel, aus Tierschutzgründen mehr Tiere auf die Weide zu bringen“, erklärt Konrad, Obfrau der FDP-Fraktion im Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages. In Niedersachsen beispielsweise kommen die Wölfe den Menschen bereits sehr nahe. „Wenn eine Wildpopulation das Gleichgewicht der Natur gefährdet, muss die Möglichkeit bestehen, sie zu regulieren“, so Konrad weiter. Aus diesem Grund wolle ihre Fraktion den streng geschützten Wolf als „jagbare Tierart“ in das Bundesjagdgesetz aufnehmen.

Fast 400.000 Jäger pflegen in Deutschland Wald, Wild und Natur. Die Freien Demokraten möchten nun auf deren Ortskenntnis im jeweiligen Jagdgebiet zurückgreifen. Ganz im Sinne einer gesunden Artenvielfalt sei die Rückkehr der Wölfe nach Deutschland „nichts Schlimmes“, betont Konrad. Panikmache sei in dem Zusammenhang fehl am Platz. Grenzenlose Willkommenskultur allerdings ebenso.



Die Politik müsse jedoch der berechtigten Sorge der Bevölkerung und der Nutztierhalter Rechnung tragen und zunächst „einheitliche Standards für ein bundesweites Wolfsmanagement“ schaffen, wie es im Antrag heißt. Außerdem seien Gelder sowohl für die Schadensprävention als auch für Wolfsgeschädigte bereitzustellen. „Jäger dürfen nicht mit Kosten belastet werden, die durch die Wiederansiedlung des Wolfes durch grüne Politiker entstehen“, fordert Konrad.